

## **Verlässliche Karriereperspektiven durch mehr Professuren**

### **Positionspapier des Deutschen Hochschulverbandes**

#### **I. Das „Tenure Track“-Programm von Bund und Ländern**

Wissenschaft und Politik sind sich einig, dass dem wissenschaftlichen Nachwuchs bessere Perspektiven geboten werden müssen. Der Bedarf an mehr Professuren ist vorhanden, aber für das Berufsziel „Professur“ fehlt es an Beschäftigungsmöglichkeiten. Bereits seit Längerem fordern die Wissenschaftsorganisationen zusätzliche Professuren. Die Hochschulrektorenkonferenz plädierte im Juni 2013 für die nichtkapazitätswirksame Errichtung von zusätzlichen 3.000 Bundesprofessuren, der Deutsche Hochschulverband (DHV) verlangte bereits im März 2012 nach mindestens 7.000 zusätzlichen Universitätsprofessuren, und der Wissenschaftsrat empfahl zuletzt im Juli 2013 einen Aufwuchs von 7.500 Universitätsprofessuren bis zum Jahre 2025.

Nach längerem Zögern hat Bundesministerin Wanka auf dem 65. DHV-Tag in Mainz am 24. März 2015 endlich ein Bund-Länder-Programm für den wissenschaftlichen Nachwuchs angekündigt. Die Spitzen der Großen Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, von den Jahren 2017 bis 2027 eine Milliarde Euro für eine solche Initiative bereitzustellen. Mit ihr sollen mehr als 1.000 Stellen für Junior- und Assistenzprofessuren geschaffen werden, die hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über den „Tenure Track“ den Weg in eine Lebenszeitprofessur ermöglichen sollen.

Bund und Länder sind sich jedoch noch uneins. Zwölf Länder wollen die Mittel des Paktes nicht nur auf „Tenure Track“-Professuren beschränken, sondern auch für Stellen im akademischen Mittelbau öffnen. Bislang wollen sich zudem alle Länder lediglich verpflichten, „Tenure Track“-Stellen zu errichten, die Zusage für eine Verstetigung zusätzlicher Professuren über den gegenwärtigen Bestand hinaus lehnen sie jedoch ab.

## II. Positionen des DHV

### 1) *Programmfokussierung auf Professuren*

Ein Nachwuchsprogramm, das sich auf „Tenure Track“-Professuren konzentriert, ist begrüßenswert und richtig. Bei der Abfederung des Studierendenbooms ist vor allem in befristete Qualifikationsstellen und kaum in teurere Professuren investiert worden. Insofern kann von einem „Tenure Track“-Professuren-Programm ein wichtiger Impuls ausgehen, der bei einer Öffnung für Stellen im Mittelbau verloren gehen würde. Die vorhandenen Mittel sollten nicht für Mittelbaustellen verwendet werden. Die Stärkung des Mittelbaus ist eine originäre Finanzierungsaufgabe der Länder, nicht des Bundes.

### 2) *Verstetigung zusätzlicher Professuren*

Ein „Tenure Track“-Professuren-Programm kann nur dann eine positive Wirkung entfalten, wenn es mit einer bedingungslosen Verstetigung zusätzlicher Professuren verbunden ist. Ohne eine solche Zusage, die die Länder bislang verweigern, hat es wenig Nutzen: Für die wenigen, die im Förderzeitraum auf eine „Tenure Track“-Stelle berufen werden, wäre das Programm zweifelsohne ein Gewinn. Für die große Masse der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler wäre es jedoch eine weitere Verschlechterung. Ein Nachwuchspakt, der zu Lasten der Bestandsprofessuren geht, verdient seinen Namen nicht, weil er die dringend benötigte, wirksame Entlastung nicht bringt. Ganz im Gegenteil: Die überwiegende Mehrheit von qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern hätte noch weniger Stellen außerhalb des „Tenure-Track“-Programms.

### 3) *„Tenure Track“-Programm allein unzureichend*

Um eine nachhaltige Wirkung entfalten zu können, muss eine Bund-Länder-Initiative für den wissenschaftlichen Nachwuchs größer dimensioniert sein. Angesichts der aktuellen Erfordernisse bleibt das bisherige Programm unzureichend. Der in Aussicht genommene Aufwuchs von rund 1.000 Professuren bis zum Jahr 2027 entspricht gerade einmal einem Zugewinn gegenüber dem bisherigen Bestand an Lebenszeitprofessuren von knapp vier Prozent. Im Vergleich zum Nachbarstaat Österreich ist das gering. In der Alpenrepublik hat das Wissenschaftsministerium angekündigt, bis zum Jahr 2021 den Personalbestand bei Professuren um zehn Prozent zu erweitern.

Nach Auffassung des DHV kann das intendierte Bund-Länder-Programm nur ein erster Anfang sein. Hierzulande müssen beherztere Schritte folgen, und zwar jetzt und bald und nicht erst 2027. Der Stellenmarkt für Lebenszeitprofessuren verschlechtert sich fortlaufend: Zu den allein ca. 900 Nachwuchsgruppenleitern und rund 1.600 Juniorprofessoren kommen jährlich rund 1.600 neue Habilitierte auf den ohnehin schon überquellenden Berufungsmarkt und reihen sich in die Zahl derjenigen ein, die auf der Suche nach einer qualifizierten Dauerbeschäftigung in der Wissenschaft sind. An Lebenszeitprofessuren an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen standen jedoch im Jahr 2013 lediglich rund 1.400 Ausschreibungen über alle Fächer hinweg zur Verfügung. Die Lage für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler hat sich insgesamt weiter verschärft: Auf eine freie Professur bewerben sich in der Regel mehr als 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Den Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen wäre ein Personalaufwuchs hochwillkommen. Den rund 24.500 Lebenszeitprofessuren stehen knapp 1,8 Millionen Studierende gegenüber. Das vom DHV jährlich aktualisierte Universitätsbarometer weist nach, dass sich das zahlenmäßige Verhältnis von Studierenden pro Universitätsprofessor kontinuierlich verschlechtert. Es liegt derzeit im Durchschnitt bei 66 Studierenden pro Hochschullehrer. 2010 waren es noch 60 Studierende.

#### ***4) Bund und Länder in der Verantwortung***

Die sich zuspitzende Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses darf weder die Universitäten noch den Staat unberührt lassen. In einer Dekade ist die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die zu 90 Prozent auf befristeten Stellen arbeiten, um 50 Prozent gewachsen. Mitverantwortlich dafür sind staatlich getriebene Programme wie die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt und der Pakt für Forschung und Innovation, die mit temporär vergebenen Mitteln dazu beigetragen haben, dass sich die Zahl der Qualifikationsstellen gegenwärtig auf 166.000, nur gerechnet nach Maßgabe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterstellen an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen, erhöht hat. Bund und Länder müssen sich ihrer Verantwortung für den Nachwuchs stellen, dessen Hoffnungen auf eine Karriere in der Wissenschaft sie bislang lediglich genährt, nicht jedoch gestillt haben. Viele exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler finden nach der Qualifizierungsphase keine Anschlussbeschäftigung und

halten sich durch eingeworbene Drittmittel, Lehraufträge oder Professurvertretungen nur mühsam über Wasser.

### ***5) Zielmarke: 7.500 zusätzliche Professuren***

Vor diesem Hintergrund fordert der DHV Bund und Länder auf, der Empfehlung des Wissenschaftsrates zu folgen und zusätzliche 7.500 Universitätsprofessuren bis zum Jahr 2025 einzurichten. Hierbei bleiben auch nach der Novellierung des Grundgesetzes, die dem Bund größere Handlungsspielräume in der Hochschulfinanzierung eröffnet, die Länder gegenüber ihren Universitäten in der Pflicht. Bereits bei der Verwendung der rund 1,2 Milliarden Euro, die für die Länder nach der vollständigen Übernahme der Kosten für die Ausbildungsförderung durch den Bund frei geworden sind, haben sich die meisten von ihnen ihrer Verantwortung entzogen und die politische Zusage, die Mittel vorwiegend den Hochschulen zukommen zu lassen, nicht eingehalten. Umso entscheidender ist, dass sie jetzt Wort halten und dem Nachwuchs durch die Schaffung zusätzlicher Professuren realistische Zukunftsperspektiven geben. Gemeinsam mit dem Bund müssen sie im Sinne der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler handeln. Dieser wird sich künftig nicht mehr allein auf die Position zurückziehen können, die Länder mit der vollständigen Kostenübernahme für die Ausbildungsförderung bereits hinreichend für den notwendigen weiteren Personalaufwuchs an den Hochschulen entlastet zu haben. Gemeinsam mit den Ländern wird er substantielle Finanzmittel zur Schaffung zusätzlicher Professuren bereitstellen müssen. Ohne ein solches Ventil sitzt der wissenschaftliche Nachwuchs in der vom Staat selbst aufgestellten Falle.

### ***6) Zukunftsvorsorge durch neues Personalkonzept***

Um dieser Falle zu entkommen, hat der DHV zudem – auf dem 65. DHV-Tag in Mainz – ein neues Personalstrukturkonzept vorgelegt, das für eine konsequente Trennung von Qualifikation und wissenschaftlicher Dienstleistung plädiert. Es erhöht die Chancen für leistungsstarke Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler auf eine Lebenszeitprofessur und sieht den bedarfsgerechten Aufbau von Dauerstellen für wissenschaftsnahe Dienstleistungen als alternativen Berufsweg in der Wissenschaft vor. Das vom DHV protegierte Y-Modell ist kostenneutral und kann parallel und unabhängig vom Bund-Länder-Programm umgesetzt werden.